

Reformbedürftige Altersvorsorge*

Mehrere Säulen im Pensionssystem der USA

Unsichere Rentenzukunft für die Baby-Boomers?

Die 1935 geschaffene und seither mehrfach reformierte Social Security steht heute vor einer neuen Bewährungsprobe. Als Problem dürften sich weniger die laufende demographische Entwicklung und der Eintritt der Baby-Boom-Generation ins Rentenalter erweisen als vielmehr die seit zwanzig Jahren rückläufigen Produktivitäts- und Einkommenszuwächse.

Hm. Washington, im Januar

Als Präsident Roosevelt 1935 die erste Gesetzesakte über die Altersversorgung unterzeichnete, meinten seine Experten, die Belastung werde *kaum je 6 Lohnprozent* (hälftig getragen von den Arbeitgebern und den Lohnempfängern) übersteigen. Der Satz von 6% galt zum letztenmal während des Korea-Kriegs. *Heute sind es 12,4%*, und die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass auch dieser Satz über kurz oder lang erhöht werden muss. Nach einer Umfrage bezweifeln 47% der Wähler, dass sie im Alter überhaupt noch auf staatliche Vorsorgeleistungen zählen können. Diese Skepsis ist nicht neu, und sie hält an, obwohl man mit den Reformschritten von 1983 – damals wurde die Lohnprämie von 10,8% auf 12,4% und das Bezugsalter, beginnend im Jahr 2000, stufenweise von 65 auf 67 Jahre erhöht – die Altersvorsorge bis zum Jahr 2056 auf eine sichere finanzielle Basis gestellt haben wollte. Heute gilt nur als sicher, dass sie *viel früher insolvent* sein wird. Nach einigen Projektionen werden die Einnahmen bereits im Jahr 2017 hinter den Ausgaben zurückbleiben, während nach der etwas optimistischeren Rechnung der Administration die Insolvenz erst nach 2040 eintreten dürfte. Wie man es drehen und wenden mag: die Altersvorsorge der *Babyboom-Generation* – gemeint sind die Jahrgänge 1946 bis 1964, die ab 2008 ins Rentenalter eintreten werden – ist Spekulationsfutter. Ein Urteil, ob die Boomer wirklich «pensionsarm» sein werden, wäre allerdings verfrüht.

Drei Obligatorien

Das Versicherungsobligatorium erstreckt sich in den USA auf die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV), bzw. *Old-Age and Survivors Insurance* (OASI) sowie auf die Behindertenversicherung bzw. Disability Insurance (DI). Für die OASDI liefert heute jeder *Arbeitgeber* 12,4% des Lohns ab. Zum System der «Social Security» gehört ferner die obligatorische Spitalversicherung bzw. *Hospital Insurance* (HI) – bekannt auch als Medicare A –, für die weitere 2,9 Lohnprozent abzuführen sind. Für die kombinierte OASDHI werden mithin jedem Arbeitnehmer bis zu einem Einkommen von 57 600 \$ 7,65 Lohnprozent abgezogen; ebensoviel legt der Arbeitgeber dazu. Besserverdienende bezahlen darüber hinaus bis zu 135 000 \$ ihre 1,45 Lohnprozent für die Krankenversicherung. Volkswirtschaftlich ist es allerdings unerheblich, wer sich mit welchen Sätzen in die Kosten teilt; der *Arbeitnehmer* trägt in jedem Fall die *volle Last von 15,3%*.

Akzentuierte Umverteilung

Nach den Vorstellungen Roosevelts sollte die AHV jedem Amerikaner ein *Grundeinkommen* sichern. Die Rente ist proportional zum erzielten Berufseinkommen und zu den bezahlten Prämien bzw. Beitragsjahren. Die einmal fixierte Rente bleibt an den *Konsumentenpreisindex* gebunden. Heute beziehen 95% der Haushalte mit über 65jährigen Personen AHV-Leistungen, gegenüber 70% in den sechziger Jahren. Im Schnitt bringt die Rente *42% des Lohnneinkommens*. Da die AHV aber auch für mehr Einkommensgerechtigkeit sorgen muss, nimmt der Satz mit steigenden Einkommen ab. Während Haushalte unterhalb der Armutsgrenze rund 70% ihres letzten Lohnes aus AHV-Leistungen beziehen, sind es bei den dreimal reicheren Haushalten nur noch 25%. Personen und Familien, die nicht AHV-bezugsberechtigt sind, weil sie nicht mindestens

zehn Jahre lang gearbeitet hatten oder weil ihr Lebensinkommen zu gering gewesen war, dürfen eine Ergänzungsrente bzw. *Supplementary Security Income* (SSI) beantragen. Sollten sie auch noch völlig vermögenslos sein, erhalten sie 434 (Ehepaare: 652) \$ im Monat. Die SSI wird im Gegensatz zur AHV aus *Steuermitteln* finanziert.

Alleinstehende *Frauen* werden – sofern sie erwerbstätig waren – genau wie Männer behandelt, mit dem Unterschied indessen, dass sie *bereits mit 62* ins Rentenalter eintreten dürfen. Den Männern steht das lediglich unter Verzicht auf die vollen Bezüge offen. Hausfrauen erhalten 50% der Rente ihres Mannes (100% als Witwe). Der Satz steigt auf 100% für ehemals *berufstätige Frauen*. Ehepaare können zwei volle Renten (sofern beide Partner berufstätig waren) beziehen oder eine volle Rente plus 50%; in jedem Fall haben sie jedoch Anspruch auf den *höheren Gesamtbetrag*. Das begünstigt jene Frauen, die in schlecht bezahlten Berufen tätig waren und deren volle Rente weniger als 50% der Rente des Ehegatten betrage.

Enorme Deckungslücken

Da die AHV lediglich einen Teil des Lebensstandards sichert, ist der Amerikaner zwingend auf *andere Einkommensquellen* angewiesen. Im Schnitt bringt die AHV 36% des Gesamteinkommens. Weitere 25% kommen aus Ersparnissen, jeweils 18% aus Lohn- und Pensionseinkommen, während die *Armenfürsorge* den Rest aufbringt. Nach der schweizerischen Terminologie ist somit die *dritte Säule* die zweitwichtigste Einkommensquelle, während die Pensionspläne zusammen mit den Erwerbseinkommen auf dem dritten Platz stehen. Immerhin erhalten 29% der AHV-Haushalte ein Pensionseinkommen, gegenüber nur 9% im Jahr 1962.

Von den 67 000 Pensionsplänen, die im Unterschied zur AHV nach dem Prinzip des *Kapitaldeckungsverfahrens* arbeiten, sind nach den Angaben der staatlichen Pension Benefit Guarantee Corp. (PBGC) etwa 85% voll gesichert. Bei einer Reihe von Unternehmen – im Vordergrund stehen vor allem Automobilgiganten wie *General Motors* (GM) und *Chrysler* – wurden in den letzten Jahren *enorme Deckungslücken* aufgedeckt. Allein bei GM dürfte die Lücke 14 Mrd. \$ betragen. Landesweit rechnet die PBGC, bei der sich die Firmen mit staatlicher Garantie rückversichern, mit einem Fehlbetrag von 51 Mrd. \$. Es wäre jedoch falsch, die Beträge zu dramatisieren. GM und Chrysler sind daran, ihre Lücken zu schliessen. Insgesamt halten die amerikanischen Pensionskassen für die 41 Mio. bei der PBGC rückversicherten Mitglieder 1,3 Bio. \$ an Vermögensanlagen, denen 0,9 Mrd. \$ an potentiellen Ansprüchen gegenüberstehen. In den vergangenen Jahren sind viele kleinere Unternehmen von den rein salärbezogenen Pensionssystemen abgekomen. Für rund 17 Mio. Arbeitnehmer werden statt dessen *Sparpläne* unterhalten. Die 1978 geschaffenen «401(k)-Pläne» (so genannt nach dem Abschnitt des dafür zuständigen Steuerrechts) werden bis zu einer Jahreseinlage von 9000 \$ steuerlich begünstigt.

Da die erste und zweite Säule im Schnitt nur gerade 54% der Alterseinkommen ausmachen, muss der Amerikaner zwingend *eigenes Sparkapital* bilden. In einer Perspektivstudie kommt Professor *Douglas Bernheim* aus Princeton allerdings zum Schluss, dass die *Baby-Boomer* dereinst böse Überraschungen erleben werden, wenn sie heute nicht mehr Konsumverzicht leisten. Nach seiner Rechnung bringen sie es nämlich nur gerade auf 34% des Sparsolls. Dem steht allerdings entgegen,

dass Bernheim den *Eigenheimbesitz* – eine wichtige Vermögensgrösse in Amerika – ausklammert. Schlägt man das Eigenheim zur Rechnung, so liegen die Sparleistungen der Baby-Boomer bereits bei 84% des Solls, und geht man weiter davon aus, dass die Boomer dereinst ihre vergleichsweise reichen Eltern beerben werden, so wird die düstere Prognose noch heller.

Ein schlechtes Geschäft?

Die *Social Security* war für die *ältere Generation* lange Zeit ein *glänzendes Geschäft*. Die guten Löhne sorgten während Jahrzehnten für eine hohe Eintrittsrente, und mit der steigenden Lebenserwartung durfte jeder zu Recht hoffen, aus der AHV mehr herauszuziehen, als er einbezahlt hatte. Die seit zwanzig Jahren stagnierende Einkommensentwicklung hat solchen Erwartungen einen Dämpfer aufgesetzt. Ein heute 48-jähriger mit mittlerem Einkommen dürfte dereinst nur noch 82% der Lohnprämien (inklusive Zins und Zinseszins) zurückbekommen; wer mehr als den maximal besteuerten Lohn von 57 000 \$ verdient, wird am Ende bloss 61% herausholen. Kein Zweifel, künftige Rentner werden sich nicht mehr auf Kosten der arbeitenden Kohorte sanieren können.

Es wäre allerdings falsch, mit Blick auf die an der Spitze zunehmend breiter werdende Bevölkerungspyramide von unziemlichen Lasten für die arbeitende Bevölkerung (im Alter zwischen 20 und 64 Jahren) reden zu wollen. Zwar stimmt es, dass jeder Rentner im Jahr 2020 von 3,6 arbeitenden Personen und im Jahr 2030 von sogar nur 2,8 Personen getragen werden muss, während es heute immerhin 4,8 Personen sind. Aber das unterschlägt, dass die arbeitende Bevölkerung auch für ihre Kinder aufkommen muss. Zählt man sie dazu, so verändert sich die Relation zwischen den Abhängigen und der sie tragenden Bevölkerung bis zum Jahr 2020 überhaupt nicht und bis zum Jahr 2030 in nur geringem Ausmasse.

Fehleinschätzung?

Das Unbehagen der Baby-Boomer über die Perspektiven im Alter dürfte denn auch weniger mit demographischen Trends als mit den *realwirtschaftlichen Entwicklungen* der letzten zwei Jahrzehnte zu tun haben. Seit 1973 sind die Produktivitätszuwächse und damit die Reallöhne in den USA spürbar zurückgegangen. Das brach einen Trend, der während Generationen in geradezu ungestümm Masse nach oben zeigte. Zu korrigieren wäre das nur mit mehr Investitionen und einer höheren Sparbildung, mit Anstrengungen mithin, die über die engere Debatte zu Bevölkerungsdynamik und Rentenfinanzierung hinausweisen. Präsident *Clinton* erhebt immerhin den Anspruch, mit einer ehrgeizigen Budgetkonsolidierung den Boden für ein künftig gedeihliches Investitionswachstum vorzubereiten. Erst in Jahren wird sich weisen, ob man parallel dazu nicht ebenso Schritte zur langfristigen Stabilisierung der Rentenrechnung hätte einleiten sollen. Aber dazu fehlt es heute an Mut und politischer Kraft. Kandidat Clinton sagte vor einem Jahr: «Wir werden an der Social Security nicht herumdoktern; sie ist solide, sicher und gesund.» Und genau das mag sich bald einmal als Fehleinschätzung erweisen.